

DIE BESSERE WAHL FÜR DEUTSCHLAND

EINE GEGENÜBERSTELLUNG CDU – SPD

WIR HABEN DIE KRAFT

CDU



DIE CDU WILL:

- Steuerentlastungen und Abmilderung der Kalten Progression,
- kräftige Wirtschaftsimpulse und Wachstum,
- unser Schulsystem und die Bildungsvielfalt erhalten,
- konsequenten Schutz von Ehe und Familie,
- Arbeitsplätze und Mini-Jobs erhalten,
- Mindesteinkommen für alle statt Mindestlohn,
- einen vernünftigen Energiemix mit bezahlbaren Preisen und mehr Umweltschutz,
- die Sicherheit in unserem Land bewahren.



DIE SPD WILL:

- Steuererhöhungen und neue Steuern einführen,
- das gegliederte Schulsystem abschaffen und die Einheitsschule einführen,
- das Ehegattensplitting kappen und einen Schutz der Ehe nach „Gutsherrenart“,
- den einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, der hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet,
- die Einschränkung der Mini-Jobs,
- eine ideologische Energiepolitik, wodurch Energiepreise ansteigen würden und die Umwelt weniger geschützt wird.



Die Union will die Steuern senken und die Wirkung der Kalten Progression abmildern.

Die Union will, dass die Menschen mehr Netto vom Brutto haben. Dazu gehören die Absenkung des Einkommenssteuersatzes und die Abmilderung der Kalten Progression: Lohnerhöhungen sollen bei den Menschen ankommen und nicht beim Finanzamt. Der Spitzensteuersatz soll künftig erst ab 60.000 Euro Jahreseinkommen greifen. Für Familien wollen wir das Familiensplitting einführen; das Ehegattensplitting bleibt voll erhalten. Unsere Konjunktur braucht nicht das „Gift“ höherer Steuern, sondern einen kräftigen Impuls. Deshalb lehnen wir Steuererhöhungen ab.



Die SPD will die Steuern raufsetzen und eine neue „Riester-Renten-Steuer“ einführen.

Für SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier waren Steuererhöhungen noch vor kurzem der falsche Weg. Er sagte: „Höhere Steuern wären Gift für die Konjunktur. Deswegen stehen sie nicht zur Debatte.“ (*Frank-Walter Steinmeier, Bild-Zeitung, 18. November 2008*) In ihrem Wahlprogramm hat die SPD höhere Steuern und damit jede Menge „Gift für die Konjunktur“ beschlossen. Mitten in der schwersten Wirtschaftskrise will sie den Spitzensteuersatz hochschrauben. Schon Facharbeiter und Mittelständler wären betroffen. Dazu will sie neue Steuern einführen. Ihre sogenannte Börsenumsatzsteuer ist in Wahrheit eine „Riester-Renten-Steuer“, denn sie trifft auch Fonds-Sparer, die privat für ihr Alter Vorsorge treffen. Zu dem wollen sie das Ehegattensplitting kapfen, so dass auch Familien künftig mehr Steuern zahlen müssen.



Die Union will das gegliederte Schulsystem erhalten und die Vielfalt in der Bildungspolitik stärken.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. Unsere Kinder sollen den am besten für sie passenden Platz haben, nicht den gleichen. Für jeden Abschluss soll es einen Anschluss geben. Deshalb steht die Union zum gegliederten Schulsystem in Deutschland. Für uns gilt: Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Wir lassen niemanden zurück. Deshalb setzen wir uns für die Bildungsrepublik Deutschland ein.



Die SPD will die Gymnasien, Real- und Hauptschulen abschaffen und die Einheitsschule einführen.

Obwohl ihr Kanzlerkandidat angeblich für „durchlässige Schulformen“ ist (*Frank-Walter Steinmeier, „Mein Deutschland. Wofür ich stehe.“, München 2009, S. 111*), will die SPD „das gegliederte Schulwesen überwinden“. So steht es in ihrem Wahlprogramm. Sie hat damit die Abschaffung aller Gymnasien sowie der Real- und Hauptschulen in Deutschland als ihr Ziel beschlossen. Die SPD will alle Schülerinnen und Schüler in eine Einheitsschule stecken.



Die Union will Ehe und Familie schützen und das Ehegattensplitting voll erhalten.

Ehe und Familie sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Für die Union steht der Schutz von Ehe und Familie ganz oben. Die Union will das Ehegattensplitting voll erhalten. Für uns sind alle Ehen schützenswert. Wir wollen Familien nachhaltig entlasten und dafür ein Familiensplitting zusätzlich einführen.



Die SPD will den besonderen Schutz von Ehe und Familie angreifen.

„**E**he und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ So steht es im Grundgesetz. Doch die SPD will in ihrem Wahlprogramm das „Ehegattensplitting so verändern, dass [...] der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird.“ Der Schutz der Ehe soll vom Geldbeutel abhängen. Die SPD will sich damit zum Richter darüber aufspielen, welche Ehe schützenswert ist.



Die Union will Arbeitsplätze erhalten und ein Mindesteinkommen für alle sichern.

Die Union behält die wirtschaftliche Vernunft im Auge. Wir stehen zur Tarifautonomie. Sie gehört unweigerlich zur Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb wollen wir, dass die Lohnfindung Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitgeber bleibt und nicht verstaatlicht wird. Lohndumping soll durch ein Gesetz gegen sittenwidrige Löhne verhindert werden. Gleichzeitig gewährleisten wir ein Mindesteinkommen für alle statt eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns. Für uns gilt: Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet. Wer zu wenig verdient, bekommt einen Zuschuss vom Staat. Wir stehen zu den Fleißigen in unserem Land. Deshalb wollen wir die Mini-Jobs erhalten. Sozial ist, was Arbeit schafft.



Die SPD will den einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführen – gegen alle wirtschaftliche Vernunft.

Getrieben von der Linkspartei hat die SPD in ihrem Wahlprogramm einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro beschlossen. Auch Peter Struck, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, weiß, wie schädlich ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn für die Arbeitsplätze in Deutschland ist: „Ein gesetzlicher Mindestlohn überall in Deutschland, über alle Branchen, über alle Regionen in Deutschland, so wie der DGB ihn fordert von 7,50 Euro [... ist] nicht darstellbar.“ (*Deutschlandradio/Deutschlandfunk, Interview der Woche, 3. September 2006*). Unabhängige Experten schätzen, dass durch den SPD-Vorschlag hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet werden, die aus Kostengründen wegfallen könnten. Besonders betroffen wären Jugendliche und Menschen ohne Ausbildung. Dazu will die SPD die Mini-Jobs einschränken.



Die Union will die Laufzeiten der sicheren Kernkraftwerke verlängern, den Klimaschutz verbessern und eine Brücke zur Energieversorgung von morgen bauen.

Die Union setzt auf einen vernünftigen Energiemix, der die Umwelt schont und die Preise bezahlbar hält. Wir setzen auf die Entwicklung alternativer Energiequellen als Energieversorgung der Zukunft. Die Kernenergie sehen CDU und CSU als Brückentechnologie. Wir wollen keine neuen Kernkraftwerke in Deutschland, aber mit einer Laufzeitverlängerung der sicheren Kernkraftwerke eine Brücke zur Energieversorgung von morgen bauen. Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll zur Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden.



Die SPD will unsere sicheren Kernkraftwerke abschalten. Damit schadet sie dem Klimaschutz und treibt die Energiepreise in die Höhe.

Mit dem rot-grünen Atomausstieg ist Deutschland international isoliert. Prominente Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt oder Otto Schily halten ihn für falsch oder wollen die Laufzeiten unserer sicheren Kernkraftwerke verlängern. Die SPD will jedoch Deutschlands Kernkraftwerke aus rein ideologischen Gründen bis 2021 komplett stilllegen und hat in ihrem Wahlprogramm beschlossen: „Der im Atomgesetz geregelte Ausstieg wird durchgesetzt.“ Damit verknappt sie unsere Energiequellen, was die Preise nach oben treibt. Das belastet sowohl die Verbraucher als auch die Wirtschaft. Außerdem schadet es dem Klimaschutz, weil der Kohleverbrauch steigt und mehr schädliches CO₂ ausgestoßen wird.



**Wir haben die Kraft –
Gemeinsam für unser Land.**

**Die Union will eine bürgerliche Mehrheit.
Ein rot-grün-rotes-Linksbündnis schadet Deutschland.
Eine Koalition der Mitte unter Führung von Bundes-
kanzlerin Angela Merkel kann Deutschland in eine
gute und sichere Zukunft führen.**



Will die SPD ihr Wort in Sachen Rot-Rot wirklich halten?

Die SPD beteuert, nach der Bundestagswahl keine gemeinsame Sache mit der Linkspartei zu machen. Doch in Hessen waren die Wahllokale kaum geschlossen, als die SPD genau diesen Wortbruch beging. Müntefering drückte dafür die Daumen und Steinmeier beide Augen zu. Und für den Bund antwortete Andrea Nahles auf die Frage, ob sie lieber mit der FDP als mit der PDS bzw. Linkspartei eine Regierung bilden will: „Nein. Guido Westerwelle und seine Version der FDP sind für mich die am klarsten zu identifizierenden politischen Gegner.“ (*Leipziger Volkszeitung*, 16. Dezember 2006.) Hinter vorgehaltener Hand wird dies bei der SPD schon heute gesagt: „Wenn wir die Wahl vergeigen“, sagt ein führender Linker, „dann brechen am 27. September um 18.01 Uhr alle Dämme.“ Dann könnte die komplette Führung hinweggespült werden. Und es würde eine völlig neue Schlachtordnung entstehen. Ein rot-rot-grünes Bündnis auf Bundesebene wäre kein Tabu mehr, sondern eine Machtoption.“ (*Stern*, 18. Juni 2009)

WWW.CDU.DE

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation
Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de
www.cdu.de | 800/0709 | Bestell-Nummer: **5581**

CDU